

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 23 (1982)
Heft: 10

Artikel: Weltfinanzentwickler GmbH
Autor: Gorski, Bohdan
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093778>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weltfinanzentwickler GmbH

Bohdan Gorski zu einer schweizerischen Schrift über die Süd-Nord-Umverteilung

Gegen den Internationalen Währungsfonds und gegen dessen schweizerische Helfershelfer treten schweizerische Autoren auf, die dafür eine neue Weltfinanzordnung unterstützen, wie sie durch die

sogenannte Arusha-Initiative präsentiert wird. Bohdan Gorski befasst sich anhand einer einschlägigen Broschüre* mit entwicklungspolitischen Heilsvorstellungen.

Die Problematik der internationalen Währungs- und Finanzordnung ist vielseitig. Sie knüpft direkt an ein Bündel von Fragen an. Dazu gehören die binnen- und aussenwirtschaftliche Währungsstabilität, die internationalen Wechselkurse, der Zahlungsausgleich, Liquiditäts- und Reservensysteme, alles klassische Themen der Volkswirtschaftslehre. Sie sind aktuell und bilden ein erstrangiges Politikum.

Das Anliegen der vorliegenden Publikation ist Stellungnahme zu aktuellen währungspolitischen Fragen. Wobei der Leser, noch bevor er sich damit vertraut macht, das Ziel schon vorgegeben findet. Es soll «die Öffentlichkeit in der Schweiz aufgerufen werden, auf die Regierung Druck auszuüben», damit sich diese die Er-

kenntnisse der Autoren zu eigen macht und danach handelt.

Chauvinistische Grosstuererei in schwarzer Farbe

Ueber die behördliche Zuständigkeit braucht man sich keine Sorgen zu machen. «Formell macht die Schweiz nicht mit in den internationalen Finanz- und Währungsinstitutionen. Doch dabei ist sie schon. In den Hinterzimmern der Macht...» (S. 2). So etwas weiss man einfach. Der Tatbestand wird zuhanden des interessierten Lesers zwar nicht gerade konkretisiert, aber doch wenigstens in andern Wendungen wiederholt. Schliesslich handelt es sich bei der Broschüre ja nicht um eine Beweisführung, sondern, wie mehrfach betont, um ein «Dossier», und da kann ein bisschen Akkumulation den Blähungsdruck auf die Öffentlichkeit nur verstärken.

Indessen wäre es unbillig, nur von Wiederholungen zu reden; es gibt auch anderes. Im Vorwort (S. 2) schreiben Markus Mugglin und Bruno Gurtner gemeinsam: «Finanziell gehört die Schweiz zu den mittelgrossen Mächten.» Und auf S. 43 schreibt Markus Mugglin allein: «Die Schweiz ist eine der grössten Finanzmächte der Welt.» Gut so: Zu einer seriösen Lagebeurteilung braucht es die Berücksichtigung verschiedener Grössen, und da haben wir sie.

Die «Arusha-Initiative» ...

Das Hauptgewicht der Publikation liegt in der Propagierung der sog. Arusha-Initiative.

Den Namen hat sie von Arusha in Tansania, wo im Sommer 1980 eine Süd-Nord-Konferenz über das internationale Finanzsystem und über eine internationale Ordnung eine Reihe von Forderungen aufgestellt hatte. Diese machen die entsprechende Initiative aus.

Worum geht es inhaltlich? Nehmen wir vorweg, dass der Text eine streckenweise berechnete Kritik am Abkommen von Bretton Woods aus dem Jahre 1944 übt, das heute überholt ist und zum Teil auch gar nicht mehr funktioniert. Und dann will die Arusha-Initiative von einer UNO-Konferenz unter anderm folgende Punkte festlegen lassen:

- Die Schaffung einer internationalen Währung als neue und verbindliche Verrechnungseinheit (in Ablösung der faktischen Funktion, die diesbezüglich der Dollar hat).

- Die Schaffung einer internationalen Währungsinstanz. Sie hätte Bedürfnisse und Liquiditäten festzustellen und müsste die Umverteilung

von nationalen Ueberschüssen und Reserven vornehmen. (Dann haben die einzelnen Nationen endlich auch ein selbstloses Interesse an der Schaffung von Ueberschüssen und Reserven.)

- Die Universalität dieser Institution, die für sämtliche Länder zuständig wäre. (Wozu sich Diktaturen und Demokratien gleicherweise hergeben würden.)

- Demokratische Entscheidung und Kontrolle. (Tansania und Bruderländer werden zur Ermöglichung dieser Sache umgehend die Demokratie einführen.)

Als hinderlich für die Verwirklichung des Vorhabens erweist sich ein praktisches Detail: Wer auch immer die aufgezählten institutionellen Vollmachten und die konkreten Machtmittel übernehmen sollte, es gibt niemanden, der sie ihm erteilen könnte. Voraussetzung wäre das Bestehen einer weltweiten Einheitsdiktatur, und dann würde sich die spezielle Arusha-Initiative auch gleich erübrigen.

Auch handelt es sich nicht um Vorschläge der Dritten Welt, sondern um die Vorschläge von Leuten, welche die Völker der Dritten Welt unterdrücken und ohne Mandat in ihrem Namen sprechen.

Aber hinter den «bloss» untauglichen Forderungen bestehen doch Vorstellungen, die insofern ein Aufmerken verdienen, als sie ganz auf der Linie einer totalitär-sozialistischen Wirtschaftskonzeption liegen. Die Idee einer sozusagen globalen Nationalbank bedeutet Monopolisierung der Wirtschaftsmacht und bürokratischen Zentralismus.

Demgegenüber bedeuten die hübschen Worte von demokratischer Entscheidung und Kontrolle für sich genommen überhaupt nichts (weil nicht die Spur einer funktionsfähigen Weltdemokratie vorgelegt wird) und im Kontext der Initianten genommen eine zynische Hypokrisie. Die Initiative stammt aus einem Land, das mit Einheitspartei, geheimpolizeilichem Terror und Führerprinzip regiert wird.

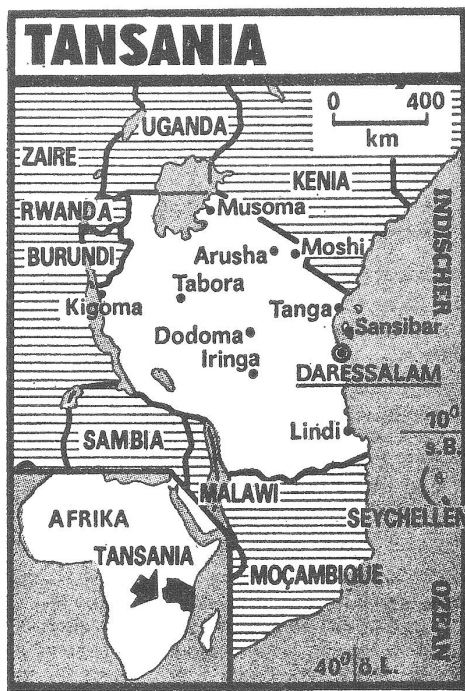
... ist ihren Befürwortern kein Diskussionsobjekt

Gemildert wird dieser Befund, wenn man so will, durch die schiere Untauglichkeit der Arusha-Initiative. Gerade dafür ist, wenn man der Methode erst einmal ansichtig geworden ist, ausgerechnet die schweizerische Sympathisanten-Broschüre ein Zeugnis.

Die Autoren betrachten nämlich die Arusha-Initiative selber keineswegs als Diskussionsobjekt



Massai-Frau in Tansania. Demokratisch über die Weltwirtschaftsordnung befinden, wenn man nicht einmal die Ordnung im eigenen Land bestimmen darf?



und nehmen sie bloss zum Anlass, die gegenwärtigen Zustände der Weltwirtschaft anzuprangern. Schlimm daran ist nun freilich, dass weder die Neuordner der Arusha-Konferenz noch ihre schweizerischen Anhänger den tatsächlichen Inhalt der gegenwärtigen Währungsnot verstanden haben. Die simplifizierend marxialischen Beschimpfungen des Internationalen Währungsfonds oder die routinemässigen Anklagen gegen die Reproduktion kolonialer Verhältnisse, die alten Machtzentren oder die Begünstigung von konservativen Elementen der Gesellschaft vermögen nicht anderes zu bewirken, als vom tatsächlichen Problem abzulenken. Was bei einigen misereverursachenden Arusha-Initianten ja wohl auch ein Zweck der Uebung ist.

Tatsächlich gibt es ein permanentes Ungleichgewicht auf den Finanz- und Währungsmärkten, ein Symptom des allgemeinen wirtschaftlichen Ungleichgewichtes. Nur ist diesem nicht mit der Sündenbocktheorie abzuwehren, die schon in der Zweiten Welt so tüchtig Schiffbruch erlitten hat.

Hauptsache, man weiss, wer schuld zu sein hat: die westlichen Geldgeber

So ein Sündenbocktheoretiker ist Markus Mugglin, wenn er zu ergründen sucht, warum die «Weltfinanzen aus den Fugen geraten» sind.

Da legt er viele Zahlen vor, um die ohnehin bekannte und von niemandem bestrittene Verschuldung der Dritten Welt (von 75,1 Milliarden Dollar für 1970 auf 348,5 Milliarden Dollar für 1978 gestiegen) zu beweisen. Und hält es «somit» für erwiesen, dass die Kreditpolitik der westlichen Industriestaaten (respektive deren Finanzgewaltige) schuld an den Schulden und damit verbrecherisch ist. Die bösen Banken sollen gefälligst daran schuld sein, dass in der Dritten Welt nach den Milliardenkrediten kein Wohlstand entstanden ist, sondern Hungersnot und Elend, mindestens aber zusätzliche Belastung.

Stimmt diese Logik?

Was die Logik insgesamt erheischt, wäre doch wohl, dass man die zweiseitige Angelegenheit von Kreditverleihung und Kreditaufnahme auch beidseitig untersucht.

Ein Ansatzpunkt zu einer gesamthaften Betrachtung der Finanzpolitik wäre übrigens das Phänomen, dass die Rückzahlungsnot bei Westkrediten keineswegs nur auf die Dritte Welt zutreffen, sondern ebenso auf die Zweite Welt der sozialistischen Länder. Auch dort kommen die hereingepumpten Gelder nicht der Bevölkerung zugute. Verdient eine solche Entsprechung kein Nachdenken? Unsere Autoren ersparen es sich lieber.

Zum Beispiel Tansania

Die Thematik des Umgangs mit Krediten in den Aufnahmeländern wird insgesamt verpasst. Dabei geht es zur Hauptsache um folgende Motive:

- Misswirtschaft der Staatsverwaltung, was man mit Aufnahme von Auslandskrediten zu vertuschen sucht.
- Finanzierung der laufenden Ausgaben durch Kredite.
- Politische Geltungssucht, mit der grosse Wirtschaftsressourcen der Dritten Welt verschlungen werden.

Für all dies drängt sich im Rahmen der gegebenen Diskussion ein Beispiel auf: Tansania, das Land, dessen Führung die Arusha-Initiative organisiert hat. Es steckt in einer Krise: Wirtschaftszusammenbruch, Hunger, Wiederaufkommen von Seuchen. Aber gleichzeitig leistet es sich hohe Militärausgaben für den Krieg in

Uganda, für militärische Präsenz in Moçambique usw.

Um von ihrem eigenen Versagen abzulenken, brauchen die Machthaber ein Feindbild. Dazu bieten sich die «kapitalistischen» Länder an, obwohl diese tatsächlich Tansania mit politischem Wohlwollen und umfangreichen Hilfsgeldern unterstützt haben.

Doch solchen Fragen stellt sich Markus Mugglin nicht. Sonst wäre der Diktator Nyerere um einen Lobbyisten ärmer, und Mugglin selber um eine politisch-ideologische Illusion.

Statt dessen verdonnert Mugglin die schweizerischen Wirtschaftsbeziehungen zum Ausland. Eigentlich sollte es für die schweizerische Wirtschaft sprechen, dass sie trotz der schwierigen Weltwirtschaftslage einen Ertragsüberschuss erzielt, der in einem rohstofflosen Land erst noch erarbeitet werden muss. Die schweizerischen «Systemkritiker» (oder unkritischen Systemfeinde) stellen das freilich anders dar. Für sie stehen die Tätigkeiten der internationalen Kredit- und Entwicklungsbanken, die Kreditgeschäfte und Kapitalexperte schon in voraus als Mittel der imperialistischen Ausbeutung fest.

Aber trotz aller Verdammung der bisherigen Kreditpolitik: mit der Forderung nach der neuen Währungsordnung verbindet sich die Hoffnung auf noch mehr Finanzmittel, auf noch reichlichere Kredite. Fragt sich nur noch, woher sie kommen sollen, wenn das böse System verschwindet, das sie ermöglicht.

Bei alledem: Entwicklungshilfe und Ressourcetransfer sind Probleme, aber nicht erstrangige. Die Schwierigkeiten der Entwicklungsländer müssen hauptsächlich durch deren eigene Regierungen gelöst werden. Weder der Internationale Währungsfonds noch schweizerische Neuordner können irgendwelche Wunder herbeiführen. ■

Eine zusätzliche palästinensische Filiale für Moskau

PLO und PKP

Die Sowjets unterstützten die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) politisch und materiell. Sie treten öffentlich für deren Kriegführung ein, sie geben ihr Waffen, und sie bilden PLO-Offiziere in der UdSSR aus. Und jetzt gibt es noch zusätzlich eine Palästinensische Kommunistische Partei (PKP) auf Moskauer Kurs. Die Sache ist mit dem sowjetfreundlichen PLO-Chef Arafat abgesprochen worden, und so ist an der Koordination nicht zu zweifeln, auch wenn die organisatorische Zugehörigkeit der PKP zur PLO noch nicht feststeht.

Die überraschende Gründung einer neuen Palästinensischen Kommunistischen Partei (PKP) Anfang des Jahres geht zurück auf ein Geheimtreffen arabischer kommunistischer Parteien, wie erst jetzt aus osteuropäischen Quellen zu erfahren ist.

Die neue PKP wurde offiziell am 10. Februar

vorge stellt. Offenbar sind dieser Gründung intensive Debatten und namentlich ein geheimgehaltenes Treffen arabischer Kommunisten mit osteuropäischen Funktionären Ende Oktober 1981 in Prag vorangegangen. Bei diesem Anlass sollen die sowjetischen Vertreter ihren Friedensplan für den Nahen Osten vorgelegt haben. Seit